

Organe

Aufsichtsrat

Bernd Zens

Königswinter

Vorsitzender

Mitglied der Vorstände
DEVK Versicherungen

Dr. Wolfgang Bohner

Berlin

Bereichsleiter Finanzen und Treasury (FF)
Deutsche Bahn AG

Dr. Klaus Linde

Brühl

Leiter Beschäftigungsbedingungen,
Sozialpolitik und Personal Konzern-
leitung (HB) Deutsche Bahn AG

Martin Burkert

Nürnberg

Stellv. Vorsitzender

Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Klaus-Dieter Hommel

Großefehn-Felde

Vorsitzender der Eisenbahn-
und Verkehrsgewerkschaft (EVG)

Claus Weselsky

Leipzig

Bundesvorsitzender der
Gewerkschaft Deutscher
Lokomotivführer (GDL)

Vorstand

Joachim Gallus

Köln

Birgit Großmann

Berlin

Lagebericht

Grundlagen des Unternehmens

Geschäftsmodell

Die DEVK Pensionsfonds-AG bietet beitragsbezogene Pensionspläne mit Zusage einer Mindestleistung im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG sowie Übertragungen von Versorgungswerken im Rahmen von § 3 Nr. 66 EStG an.

Bei der DEVK Pensionsfonds-AG handelt es sich um einen Pensionsfonds im Sinne von § 236 VAG.

Gemäß dieser Vorschrift ist ein Pensionsfonds eine rechtsfähige Versorgungseinrichtung, die:

- im Wege des Kapitaldeckungsverfahrens Leistungen der betrieblichen Altersversorgung für einen oder mehrere Arbeitgeber zugunsten von Arbeitnehmern erbringt,
- die Höhe der Leistungen oder die Höhe der für diese Leistungen zu entrichtenden künftigen Beiträgen nicht für alle vorgesehenen Leistungsfälle durch versicherungsförmige Garantien zusagen darf,
- den Arbeitnehmern einen eigenen Anspruch auf Leistung gegen den Pensionsfonds einräumt und
- verpflichtet ist, die Altersversorgungsleistung als lebenslange Zahlung oder als Einmalkapitalzahlung zu erbringen.

Die DEVK Pensionsfonds-AG untersteht der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) in Deutschland. Sie ist damit als solche kein AIF – Alternativer Investmentfonds – im Sinne des § 1 KAGB.

Das Geschäftsfeld umfasst insbesondere einen Teil der betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG. Bestand und Neugeschäft haben deshalb einen hohen Anteil an arbeitgeber-/arbeitnehmerfinanzierten Verträgen der Deutsche Bahn AG.

Verbundene Unternehmen

Verbundene Unternehmen der DEVK Pensionsfonds-AG sind der

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn, Köln,
und dessen unmittelbare und mittelbare Tochterunternehmen.

Das zu 100 % eingezahlte Grundkapital wird von der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, mit der ein Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag mit Wirkung ab 1. Januar 2013 besteht, zu 100 % gehalten.

Funktionsausgliederung, organisatorische Zusammenarbeit

Aufgrund eines Generalagenturvertrags werden die Funktionen der Vertragsvermittlung sowie die damit zusammenhängenden Aufgaben von dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. übernommen.

Wir weisen darauf hin, dass Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch genau ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten können.

Die Im Bericht mit ¹ gekennzeichneten Abschnitte enthalten Angaben, die nicht vom Abschlussprüfer geprüft werden.

Allgemeine Betriebsbereiche wie z. B. Rechnungswesen, Inkasso, IT, Kapitalanlage und -verwaltung, Personal, Revision sowie Allgemeine Verwaltung, sind für alle DEVK-Unternehmen organisatorisch zusammengefasst.

Gemäß dem Gemeinschaftsvertrag mit dem DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G. wird uns das erforderliche Innendienstpersonal zur Verfügung gestellt. Dieses unterliegt in den Gebieten Mathematik, Antrags-, Bestands- und Leistungstätigkeiten sowie in der Vermögensanlage und -verwaltung allein der Aufsicht unseres Unternehmens.

Die DEVK Pensionsfonds-AG verfügt nicht über separate Mietverträge, jedoch gemäß ihrer Nutzung über eigenes Inventar und eigene Arbeitsmittel.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland startete zunächst positiv in das Jahr 2022. Im ersten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt noch um 3,9 %. Aufgrund von anhaltenden Störungen der internationalen Lieferketten, der Verschärfung der Energiekrise durch den Kriegsbeginn in der Ukraine und der daraus resultierenden Inflationserwartung reduzierte sich bereits im zweiten Quartal 2022 das Wachstum im Vorjahresvergleich auf 1,7 %. Im dritten Quartal kam es erneut zu einer leichten Abschwächung des Wachstums auf 1,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Zusätzlich zu den bereits bestehenden Herausforderungen dürfte hier die im Juli erfolgte erste Zinserhöhung der EZB um 50 Basispunkte ebenfalls negativ auf das Wachstum gewirkt haben. Verstärkt durch weitere Zinserhöhungsschritte der EZB und der stark gestiegenen Inflation sank die Wachstumsrate im vierten Quartal erneut auf dann 0,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Begleitet wurde diese Entwicklung durch einen deutlichen Anstieg der Inflationsraten auf mitunter 8,8 % in Deutschland (Jahresdurchschnitt 6,9 %) sowie auf durchschnittlich 8,0 % in den USA in 2022. Der Ifo-Geschäftsklimaindex stieg im Februar zunächst auf sein Jahreshoch bei 98,8 Punkten an und fiel in den folgenden Monaten auf das Jahrestief im Oktober mit 84,5 Punkten. Anschließend folgte eine leichte Erholung auf 88,6 Punkte.

Die politische Diskussion in Deutschland wurde 2022 von folgenden Themen dominiert: Unterstützung der Ukraine, staatliche Hilfen zur Abfederung der gestiegenen Energiepreise für Privathaushalte und Unternehmen sowie generelle Energiesicherheit. Für das reale BIP in Deutschland wird von Volkswirten 2023 ein Rückgang auf im Durchschnitt -0,4 % geschätzt nach einem Wachstum in Höhe von 1,9 % im Jahr 2022. Der durchschnittliche Konsens der Volkswirte ist die Erwartung einer Rezession für Deutschland im kommenden Jahr 2023. Das BIP-Wachstum in den USA lag 2022 bei 2,1 %; die Erwartung für 2023 liegt im Durchschnitt bei 0,5 %.

Der Kriegsbeginn in der Ukraine ließ im Februar die Aktienmärkte zunächst einbrechen, wobei europäische Indizes aufgrund der geografischen Nähe stärker betroffen waren als beispielsweise amerikanische Indizes. Es folgte eine rasche Erholung im Laufe des März, allerdings ohne dabei das Niveau zu Jahresbeginn wieder zu erreichen. Steigende Inflationszahlen wurden vom Markt als Indiz für stärkere Notenbankreaktionen gewertet, wodurch Anleihen eine attraktivere Alternative zu Aktieninvestitionen wurden. Der sehr volatile Aktienmarkt erreichte dann Ende September sein Jahrestief. In der Hoffnung, dass der Höhepunkt der Inflation kurz bevorsteht bzw. bereits erreicht wurde und die Anzahl und Höhe der Zinsschritte der Notenbanken somit nachlassen, startete der Aktienmarkt von dort aus eine Erholungsbewegung bis Anfang Dezember. Der deutsche Leitindex

DAX verlor bis zu seinem Tiefpunkt im September ca. 24,6 % und konnte diesen Verlust mit einem Anstieg um ca. 21,3 % bis Anfang Dezember deutlich reduzieren. Die Jahresperformance des DAX belief sich in 2022 auf -12,3 %, die des EuroStoxx 50 betrug -11,7 % und der S&P 500 notierte -19,4 % unterhalb des Jahresanfangswerts.

Die anhaltenden Inflations Sorgen und die Reaktionen der Notenbanken hierauf prägten den Rentenmarkt 2022. Nachdem die Inflation lange Zeit von der EZB als temporär eingestuft wurde, erhöhte sie schließlich im Juli, deutlich später als die FED, erstmalig nach vielen Jahren den Leitzins. Noch nie in der Geschichte der EZB erfolgten in sehr kurzen Zeiträumen so viele weitere Zinserhöhungen; im September und Oktober um jeweils 75 Basispunkte und im Dezember um weitere 0,5 %, so dass der Leitzins der EZB zum Jahresende 2,5 % betrug. Dementsprechend stiegen die risikofreien Zinssätze am Beispiel des 10-jährigen Euro-Swapsatzes bis Mitte Juni um etwa 230 Basispunkte. Von dort aus ging es jedoch bis Anfang August wieder etwa 100 Basispunkte tiefer, um anschließend zum Jahreshoch im Oktober erneut um ca. 170 Basispunkte anzusteigen. Zum Jahresende, am 31. Dezember 2022, erreichte der 10-jährige Euro-Swapsatz schließlich einen Wert in Höhe von 3,20 %. Eine ähnliche Entwicklung zeigte auch die Rendite der 10J-Bundesanleihe, welche zunächst einen Höchststand bei 1,65 % im Juni erreichte, dann wieder auf 0,75 % abfiel, danach ihr vorläufiges Jahreshoch bei ca. 2,4 % erreichte und nach einem temporären Rückgang bis Anfang Dezember in der Folge auf ihr finales Jahreshoch zum 31. Dezember 2022 bei 2,55 % anstieg. Die Risikoaufschläge auf europäische Investmentgrade-Unternehmensanleihen folgten der Zinsbewegung grundsätzlich mit leichter Zeitverzögerung, stiegen jedoch zu Beginn des Krieges in der Ukraine im Februar bis Anfang März stark an, um dann bis Ende März wieder etwas abzufallen. In der Spitze im Oktober erreichten die Risikoaufschläge ein Plus von etwa 1,4 Prozentpunkten im Vergleich zum Jahresbeginn. Im Verlauf des Jahres verstärkte sich zudem die Inversion der Zinskurve, so dass für kurze Laufzeiten höhere Zinssätze gezahlt wurden als für lange Laufzeiten.

Die im Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) organisierten 14 Pensionsfonds (Vorjahr 15 Pensionsfonds) konnten für das Berichtsjahr an das Wachstum aus 2021 anschließen.

Die gebuchten Brutto-Beiträge sind um 72,0 % gestiegen und liegen für 2022 bei 2,23 Mrd. € (Vorjahr 1,32 Mrd. €).

Der Bestand wächst branchenweit um 7,7 % (Vorjahr 6,4 %) und umfasst damit 600.657 Personen. Davon befinden sich 76.261 Personen in der Leistungsphase, was einem Zuwachs von 8,2 % gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Die Leistungsauszahlungen beliefen sich insgesamt auf 624,6 Mio. € und stiegen damit im Vergleich zum Vorjahr um 11,3 %.

Geschäftsverlauf

Die Geschäftsentwicklung 2022 war trotz der schwierigen Wirtschaftsbedingungen gut.

Die Anzahl der Versorgungsverhältnisse ist im Geschäftsjahr 2022 um 5,4 % (Vorjahr 8,5 %) angewachsen. Träger des Neugeschäfts sind beitragsbezogene Pensionspläne im Rahmen von § 3 Nr. 63 EStG.

Die Beitragseinnahmen sind um 6,5 % gestiegen. Der im letzten Lagebericht prognostizierte Beitragszuwachs wurde lediglich um 0,7 % unterschritten. Diese Entwicklung entsprach dennoch unseren Erwartungen. Der

o. g. Beitragszuwachs resultierte im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Die Aufwendungen für Versorgungsleistungen und den Pensionsfondsbetrieb sind um 14,5 % gestiegen (Vorjahr 23,8 %), damit lagen sie um 8,7 % höher als der im letzten Lagebericht prognostizierte Wert. Wesentlich für den Anstieg waren vorbereitende Maßnahmen zur Bestandsmigration.

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge laut HGB lag 2022 mit 24,7 Mio. € – entgegen der Prognose aus dem Vorjahr – deutlich unter dem Vorjahreswert in Höhe von 28,9 Mio. €. Der deutliche Rückgang ist vor allem auf höhere Abschreibungen (4,3 Mio. € nach 0,8 Mio. €) und gestiegene Abgangsverluste auf Kapitalanlagen (5,7 Mio. € nach 0,5 Mio. €) zurückzuführen. Ohne Erträge und Aufwendungen auf Rechnung der Kunden belief sich 2022 das Netto-Kapitalanlageergebnis auf 20,3 Mio. € und fiel damit ebenfalls deutlich niedriger aus als 2021 mit 23,5 Mio. €. Der Rückgang ist somit vor allem auf höhere Abschreibungen und Abgangsverluste zurückzuführen. Die laufenden Erträge der Gesellschaft stiegen bei einem wachsenden Kapitalanlagebestandes moderat an.

Der Kapitalanlagebestand ohne Kundenfonds entwickelte sich positiv. Der leichte Anstieg von 1.313,3 Mio. € auf 1.368,6 Mio. € blieb etwas unterhalb der Erwartungen (Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2022 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand ein, aufgrund steigender Ausschüttungen der Kundenfonds und der gestiegenen Investments in Realwerte, deutlich höheres absolutes Ergebnis. Ohne Kundenerträge erwarten wir durch die immer noch marktweit vorherrschenden niedrigen Zinsen und Rückgang außerordentlicher Erträge ein Brutto-Ertragsniveau leicht unter Vorjahresniveau. Insgesamt gehen wir im Jahr 2022 von einer deutlich sinkenden Nettoverzinsung ohne Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus).

Der Ausbau der Realwerte innerhalb der Asset Allokation des Pensionsfonds wurde im Jahr 2022 insbesondere im Immobilienbereich fortgesetzt.

Der Rohüberschuss ist im Vergleich zum Vorjahr um 16,7 % gesunken und lag trotz eines verlorenen Zuschusses der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG in Höhe von 2,0 Mio. € deutlich unter der letztjährigen Prognose. Dieses Ergebnis ist maßgeblich auf die Kapitalmarktentwicklung zurückzuführen.

Neuzugang und Bestand

Im Berichtsjahr waren per Saldo 11.252 Zugänge im Anwärter- bzw. Rentnerbestand (Versorgungsverhältnisse auf Personenebene) zu verzeichnen (Vorjahr 16.360). Die Entwicklung entsprach den Erwartungen.

Der Anwärterbestand entwickelte sich erneut positiv. Die Anwartschaftsverträge nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 5,1 % zu (Vorjahr 8,4 %). Der Bestand umfasst 303.014 Verträge für 213.242 Personen in der Anwartschaft, davon 159.316 Männer und 53.926 Frauen (Vorjahr 291.662 Verträge, 202.968 Personen, davon 151.508 Männer und 51.460 Frauen).

Der Bestand an Versorgungsverhältnissen im Rentenbezug stieg um 18,7 % (Vorjahr 14,6 %) auf 6.202 (Vorjahr 5.224).

Ca. 93 % des Bestandes (Vorjahr 93 %) und 91 % des Neugeschäfts (Vorjahr 78 %) resultieren aus Versorgungszusagen im Rahmen der tarifvertraglichen Regelungen und aus Entgeltumwandlung von Mitarbeitern im Bahnsektor.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Pensionsfondstechnisches Ergebnis vor Beitragsrückerstattung	9.425	13.572	-4.147
Aufwendungen für Beitragsrückerstattungen	9.464	12.214	-2.750
Nichtpensionsfondstechnisches Ergebnis	628	-1.080	1.708
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	589	278	311
Steuern	89	78	11
Gewinnabführung	500	200	300
Jahresüberschuss	-	-	-

Beitragseinnahmen

Die gebuchten Beiträge nahmen um 16,7 Mio. € zu und beliefen sich per Jahresultimo auf 276,3 Mio. € (Vorjahr 259,6 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahreswert bedeutet dies einen Anstieg um 6,5 % (Vorjahr 18,7 %). Der Beitragszuwachs resultiert im Wesentlichen aus der tarifvertraglichen arbeitgeberfinanzierten Altersversorgung der Deutsche Bahn AG sowie der Wettbewerbsbahnen.

Versorgungsfälle

Die Aufwendungen für Versorgungsfälle lagen für das Kalenderjahr 2022 mit 51 Mio. € um 6,6 Mio. € über dem Vorjahr (44,4 Mio. €). Wesentlich für den Anstieg sind die einmaligen Abfindungs-Zahlungen bei Rentenbeginn bzw. bei Beendigung des Dienstverhältnisses.

Im Jahr 2022 nutzten ca. 28,4 % der neuen Altersrentner die mögliche Teilkapitalauszahlung von bis zu 30 % des Versorgungskapitals bei Rentenübergang.

Kosten

Die Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb betragen insgesamt 5,8 Mio. € (Vorjahr 5,2 Mio. €). Davon entfielen 3,3 Mio. € auf Verwaltungsaufwendungen (Vorjahr 2,9 Mio. €). Die Kostensteigerung ist dem derzeit durchgeführten Bestands-Migrations-Projekt geschuldet und daher vorübergehender Natur.

Kapitalerträge

Das Netto-Kapitalanlageergebnis inklusive realisierter Kundenerträge betrug im Berichtsjahr 24,7 Mio. € (Vorjahr 28,9 Mio. €) und ist auf höhere Abschreibungen und gestiegene Abgangsverluste zurückzuführen. Ohne Kundenerträge lag das Netto-Kapitalanlageergebnis bei 20,3 Mio. € (Vorjahr 23,5 Mio. €) und damit trotz des leichten Wachstums der Gesellschaft deutlich unter Vorjahr. Dieser Rückgang resultiert ebenfalls aus höheren Abschreibungen und Abgangsverlusten. Die Nettoverzinsung ohne Kundenerträge lag mit 1,5 % nach 1,9 % unter dem Vorjahreswert.

Sonstiges Ergebnis

Das sonstige Ergebnis belief sich im Berichtsjahr auf 0,6 Mio. € (Vorjahr -1,0 Mio. €). Der Anstieg ist im Wesentlichen auf einen verlorenen Zuschuss in Höhe von 2,0 Mio. € durch die DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-Aktiengesellschaft – DEVK RE zurückzuführen.

Steuern

Aufgrund des im Jahr 2013 geschlossenen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags mit der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG wurde eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft hergestellt.

Steuern vom Einkommen und Ertrag resultierten aus ausländischer Quellensteuer und aus den Bestimmungen des § 36a EStG. Bei den sonstigen Steuern handelt es sich zum überwiegenden Teil um Lohnsteuer.

Geschäftsergebnis und Gewinnverwendung

Der Rohüberschuss betrug im Berichtsjahr 10,0 Mio. € (Vorjahr 12,4 Mio. €). Hiervon wurden 9,5 Mio. € (Vorjahr 12,2 Mio. €) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Damit wurden 95 % (Vorjahr 98,4 %) des Rohüberschusses für die Überschussbeteiligung der Versorgungsberechtigten verwendet.

Aufgrund eines Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrags wurden 500 Tsd. € an die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG abgeführt (Vorjahr 200 Tsd. €).

Finanzlage des Unternehmens

Cashflow

Die für die laufenden Zahlungsverpflichtungen erforderliche Liquidität ist durch eine rollierende Liquiditätsplanung gewährleistet, die die voraussichtliche Liquiditätsentwicklung der folgenden zwölf Monate berücksichtigt. Der Gesellschaft fließen durch Beitragseinnahmen, Kapitalanlageerträge und den Rückfluss von Kapitalanlagen laufend liquide Mittel zu. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit, das heißt der Mittelbedarf für das Nettoinvestitionsvolumen, betrug im Geschäftsjahr 207,2 Mio. €. Die hierfür erforderlichen Mittel wurden überwiegend durch die laufende Geschäftstätigkeit erwirtschaftet.

Solvabilität

Bei den Eigenmitteln, die gemäß § 238 VAG zur dauernden Erfüllbarkeit der Verpflichtungen nachzuweisen sind, ist eine deutliche Überdeckung gegeben. Zudem ist das Eigenkapital durch die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG um 5,0 Mio. € erhöht worden.

Vermögenslage des Unternehmens

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €	Veränderung Tsd. €
Kapitalanlagen	1.368.614	1.313.307	55.307
Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitgebern und Arbeitnehmern	643.161	523.425	119.736
Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft	604	539	65
Sonstige Forderungen	1.369	12	1.357
Zahlungsmittel	20	522	-502
Übrige Aktiva	5.892	4.759	1.133
Gesamtvermögen	2.019.660	1.842.564	177.096
Eigenkapital	19.334	14.334	5.000
Pensionsfondstechnische Rückstellungen	1.354.074	1.296.446	57.628
Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern	643.161	523.425	119.736
Andere Rückstellungen	572	527	45
Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft	589	1.421	-832
Übrige Passiva	1.930	6.411	-4.481
Gesamtkapital	2.019.660	1.842.564	177.096

Der Zuwachs der Pensionsfondstechnischen Rückstellungen ist im Wesentlichen auf Beitragseinnahmen innerhalb des Geschäftsjahres zurückzuführen.

Kapitalanlagen

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds betragen zum Jahresende 1.368,6 Mio. € (Vorjahr 1.313,3 Mio. €). Hinzu kommen 643,2 Mio. € an Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Investmentfonds (Vorjahr 523,4 Mio. €). In dem deutlichen Anstieg dieses Kapitalanlagebestandes schlägt sich die Entwicklung der Beitragseinnahmen positiv nieder. Das Wachstum der Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wird auch 2023 weiter Bestand haben.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Kundenzufriedenheit¹

Die Kundenzufriedenheit ist für die DEVK das oberste strategische Ziel. Deshalb analysiert die DEVK jährlich die Zufriedenheit der eigenen Kunden.

Hierfür wird eine Versicherungsmarktstudie zugrunde gelegt, die die Kundenzufriedenheit von 23 Top-Serviceversicherern in Deutschland anhand einer Punkteskala abbildet. Entwicklungen im Zeitablauf und im Mitbewerbervergleich werden hierdurch anschaulich messbar. Im Hinblick auf die Gesamtzufriedenheit belegt die DEVK aktuell Platz 6. Als Ziel für die Kundenzufriedenheit hat sich die DEVK für die kommenden Jahre die Erreichung des ersten Platzes gesetzt.

Kundenzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	769	761
Ziel	766	753

Für 2023 wurden als Zielwert 774 Punkte festgelegt.

Mitarbeitendenzufriedenheit¹

Der DEVK ist die Meinung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Die Zufriedenheit und das Engagement der Mitarbeitenden in ihrem Arbeitskontext sowie mit ihren Führungskräften, Kolleginnen und Kollegen, Aufgaben sowie der Unternehmenskultur ist das Herzstück der Arbeitgeberattraktivität.

Im Herbst 2022 wurde nur eine kurze Statusbefragung durchgeführt, da die Mitarbeitenden-Befragung ab 2023 in einer modernisierten Form stattfinden wird. Die Befragung stand unter dem Einfluss der Unsicherheiten aufgrund des Ukraine-Konfliktes und den damit verbundenen Auswirkungen auf Energiepreise und Inflation. Verglichen mit den Ergebnissen der Mitarbeitendenbefragungen 2020 und 2021 fiel die Gesamtzufriedenheit 2022 zwar niedriger aus, lag aber mit 71 % auf einem hohen Niveau.

Mitarbeitendenzufriedenheitsindex

	Geschäftsjahr Punkte	Vorjahr Punkte
Ist	753	791
Ziel	791	793

Für 2023 wurden 763 Punkte als Zielwert festgelegt.

Gesamtaussage zum Wirtschaftsbericht

Insgesamt hat sich die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens im Geschäftsjahr 2022 zufriedenstellend entwickelt.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Prognosebericht

Dem DEVK-Pensionsfonds bieten sich aufgrund seiner Nähe zu den führenden Teilnehmern des Verkehrsmarktes weiterhin Wachstumsmöglichkeiten.

Durch die stetige Produktentwicklung in Zusammenarbeit mit unseren Gremien, einerseits im Hinblick auf die bestehenden Anforderungen unserer Versorgungsberechtigten und Vertragspartner sowie andererseits im Hinblick auf die Finanzierbarkeit und Kapitalanlage, erwarten wir auch künftig ein Wachstum und eine Ausweitung unserer Geschäftstätigkeit.

Für das Geschäftsjahr 2023 rechnen wir mit einem leicht positiven Neugeschäft über dem Vorjahresniveau. Dieses resultiert vornehmlich aus der tarifvertraglich vereinbarten betrieblichen Altersversorgung der Deutsche Bahn AG und der Wettbewerbsbahnen.

Wir gehen davon aus, dass die Beitragseinnahmen 2023 nur leicht über dem Vorjahr liegen, da derzeit keine Sondereffekte aus den Tarifverträgen im Bahnsektor zu erwarten sind.

Bei den Aufwendungen für Versorgungsfälle rechnen wir 2023 im Saldo mit einem leichten Anstieg im Vergleich zum Vorjahr. Dies resultiert auf der einen Seite aus dem wachsenden Rentnerbestand und der steigenden Anzahl an Rentenübergängen zum 63. Lebensjahr und auf der anderen Seite aus der Möglichkeit, Rentenzahlungen bis zu einer bestimmten Höhe gegen einmalige Zahlungen abzufinden.

Die Inflationsrate wird in den kommenden Jahren – neben den weltpolitischen Einflussfaktoren - einer der Hauptfaktoren für die Entwicklung an den Kapitalmärkten sein. Zudem wird die Energiepreisentwicklung als ein wesentlicher Treiber für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen. Wie die meisten Experten erwarten auch wir eine zumindest leichte Rezession. Sollte es darüber hinaus durch Zweitrundeneffekte zu anhaltend hohen Kerninflationen kommen (z. B. durch eine Lohn-Preis-Spirale) wird sich dies voraussichtlich dämpfend auf das Wirtschaftswachstum auswirken. Gerade für deutsche Unternehmen kann eine weitere Eskalation des China-Taiwan-Konflikts durch die hohe wirtschaftliche Abhängigkeit von China problematisch werden. Nach den Erfahrungen der gestörten Lieferketten und vor diesem Hintergrund erwarten wir weitere deglobalisierende Tendenzen, die ebenfalls inflationär wirken dürften. Trotzdem gehen wir davon aus, dass unter anderem die bisherige Notenbankpolitik der EZB und der FED bereits dazu führen wird, dass die Inflation ihren Höhepunkt erreicht hat und nun im weiteren Verlauf absinken wird. Den Aktienmarkt erwarten wir im Jahr 2023 auch gerade im Rahmen einer rezessiven Entwicklung weiterhin sehr volatil.

Wichtige wirtschaftliche Frühindikatoren wie Einkaufsmanagerindizes sind im Jahr 2022 stark und relativ kontinuierlich gesunken. Zum Jahresende hin zeigte sich jedoch eine Trendwende, die auf eine Erholung in 2023 hindeuten könnte. Auch vom ifo-Geschäftsklimaindex für Deutschland und den Erzeugerpreisen kommen zum Jahresende hin erste positive Signale. Diese Entwicklung stützt unsere Erwartung, dass die Inflation ihren Höhepunkt überschritten hat. Zudem konnten einige Unternehmen ihre Ergebniserwartungen übertreffen, so dass die Berichtssaison zum Jahreswechsel nicht so schlecht wie befürchtet ausfiel. Im Zuge der Erholung zum Jahresende haben sich die Unternehmensbewertungen wieder etwas erhöht, liegen aber noch unter ihrem langjährigen Durchschnitt. Die globale Konjunktur steuert nach Prognosen der Weltbank 2023 auf ein geringes Wirtschaftswachstum von 1,7 % zu. Neben den Lockdowns aufgrund der Null-Covid-Politik in China, befindet sich der Immobilienmarkt, der einen großen Anteil am BIP hat, dort weiterhin in der Krise. Für 2023 und 2024 erwarten Volkswirte für China durchschnittlich jeweils ein jährliches Wachstum von nur noch 5,1 % bzw. 5,0 %.

Insgesamt erwarten wir aufgrund der weiterhin bestehenden Unsicherheiten einen anhaltend volatilen Kapitalmarkt im Jahr 2023.

Für die DEVK Pensionsfonds-AG erwarten wir im Bereich der Kapitalanlagen 2023 bei moderat steigendem Kapitalanlagebestand im Vergleich zu 2022 auf Grund positiverer Entwicklungen an den Kapitalmärkten und steigender Ausschüttungen der Kundenfonds ein deutlich höheres absolutes Ergebnis. Insgesamt gehen wir im Jahr 2023 von einer deutlich höheren Nettoverzinsung mit und ohne Kundenerträge im Vergleich zum Vorjahr aus. Die prognostizierte Entwicklung der Kapitalmärkte kann bei einer Eskalation des Russland-Ukraine-Kon-

flikts, eines (Wieder-) Anstiegs der Inflation oder einer Verschärfung der geopolitischen Situation rund um China negativ abweichen.

Aus dem Rohüberschuss erwarten wir 2023 ein Ergebnis in der Größenordnung von 16,2 Mio. € und rechnen damit, auch im kommenden Jahr an die Ergebnisse der Vorjahre anschließen zu können.

Im Geschäftsjahr 2023 strebt die DEVK eine weitere Verbesserung der Kundenzufriedenheit an. Der zur Messung verwendete Index soll von 769 Punkten (Istwert 2022) auf 774 Punkte gesteigert werden.

Bezüglich der Mitarbeitendenzufriedenheit hat sich die DEVK einen Indexwert von 763 Punkten als Ziel gesetzt. Das Ziel liegt damit 10 Punkte über dem Istwert 2022.

Chancenbericht

Seit 2020 haben wir unseren Fokus noch stärker auf die Zielgruppen des Verkehrsmarktes gelegt, um insbesondere den Wünschen und Bedürfnissen der Mitarbeitenden im Schienen-, Personen- und Güterverkehr gerecht zu werden. Dabei wurden schon verschiedene Veranstaltungen und Maßnahmen erfolgreich durchgeführt, um bei Fragen rund um Sicherheit, Gesundheit und Versorgung zu informieren und zu unterstützen. Daran wollen wir auch im Jahr 2023 anknüpfen und unsere Kundenbindungen weiter ausbauen.

In der Kapitalanlage sehen wir im Jahr 2023 neben den Risiken und trotz des volatilen Marktumfeldes auch attraktive Investitionsmöglichkeiten. In der Regel steigen innerhalb von Rezessionen die Risikoaufschläge im Anleihen-Bereich an, so dass auch erfolgreiche Unternehmen höhere Renditen zahlen müssen. Hier bietet sich die Chance unter Rendite-Risiko Gesichtspunkten attraktive Anleihen zu erwerben. Im Rahmen der zurückgehenden Inflation und einer gedrosselten Zinserhöhungspolitik - kombiniert mit rezessiven Entwicklungen - erwarten wir zudem mittelfristig sinkende Renditen. Aktienmärkte beenden ihren Abwärtstrend häufig mit Beginn einer Rezession, sodass eine Erholung der Kurse im Jahresverlauf 2023 nicht ausgeschlossen ist. Trotz der erhöhten Volatilitäten sehen wir langfristig weiterhin einen Renditevorteil bei Realwerten gegenüber Anleihen, auch wenn diese kurzfristig wieder an Attraktivität gewonnen haben.

Der Immobilienmarkt dürfte bei einem anhaltenden höheren Zinsniveau, kombiniert mit einer Rezession, mit Preisrückgängen reagieren. Hierdurch könnten sich aber auch Opportunitäten ergeben, Immobilien in (sehr) guten Lagen mit langfristig bonitätsstarken Mietern günstiger zu erwerben und sich somit die Chance auf langfristig höhere Renditen zu sichern. Der geplante Ausbau von Realwerten im Portfolio erhöht mittelfristig die Ertragschancen der Kapitalanlage.

Risikobericht

Gemäß § 289 Abs. 1 HGB und den Anforderungen des § 26 VAG in Verbindung mit den Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (MaGo für EbAV) entsprechend, wird an dieser Stelle über die Risiken der künftigen Entwicklung berichtet.

Risikomanagementsystem

Der Vorstand eines Pensionsfondsunternehmens ist nach § 26 Abs. 1 VAG in Verbindung mit § 234c VAG für die Einrichtung eines angemessenen Risikomanagements verantwortlich. Die Grundlagen des Risikomanagements

sowie die Aufgaben und Verantwortlichkeiten sind innerhalb der DEVK in der Risikostrategie sowie den Solvency II-Leitlinien zum Risikomanagement geregelt.

Die Risikomanagementfunktion und das zugehörige Risikomanagementsystem wurden gemäß den Solvency II-Anforderungen ausgerichtet. Die Risikomanagementfunktion wurde als Schlüsselfunktion in einer zentralen Einheit etabliert. Unterstützt wird die Risikomanagementfunktion durch dezentrale Risikomanagementeinheiten (z. B. Rückversicherung, Kapitalanlagen). Hierzu findet ein regelmäßiger Austausch, nicht zuletzt durch die dezentrale Risikorunde bzw. das Risikokomitee, statt. Das Risikomanagementsystem verfügt somit sowohl über eine zentral organisierte Einheit, deren Aufgabe es ist, das Risikomanagement übergreifend über alle Risikokategorien sicherzustellen, als auch über dezentrale Risikomanagement-Einheiten, die mit ihrem Spezialwissen die Risikosituationen vor Ort betrachten. Die operative Risikoverantwortung der Fachbereiche sowie die Verantwortung des Vorstands bleiben hiervon unberührt. Die Risikomanagementfunktion verantwortet die Methoden und Verfahren des Risikomanagements und ist für die konzeptionelle Entwicklung und Pflege des unternehmensweiten Risikomanagementsystems zuständig. Sie übernimmt die Koordinationsfunktion und unterstützt die Risikoverantwortlichen in den Fachbereichen.

Kernelemente zur Steuerung der Risiken der DEVK sind das Risikotragfähigkeitskonzept und das Limitsystem. Das Risikotragfähigkeitskonzept stellt eine ausreichende Hinterlegung von Eigenmitteln für alle wesentlichen Risiken sicher. Es dient dazu, den Risikoappetit des Unternehmens abzubilden und zu operationalisieren. Dafür werden für die wesentlichen Risiken („Marktrisiko“, „versicherungstechnisches Risiko“ und „Ausfallrisiko“) Grenzwerte bestimmt, um die Zielbedeckungsquote der Unternehmen für ein vordefiniertes Sicherheitsniveau sicherzustellen. Dadurch werden den genannten Risiken jährlich neue Maximalgrenzen für das jeweilige Risikokapital zugeordnet.

Zur Operationalisierung der Risikosteuerung wird innerhalb der DEVK ein Limitsystem als Überwachungssystem zu frühzeitigen Risikoidentifikation und -bewertung eingesetzt. Die Limitauslastung wird in Form von Risikokennzahlen dargestellt.

Zusätzlich wird halbjährlich eine umfassende Risikoinventur durchgeführt. Die Risiken werden strukturiert mit Hilfe einer Softwarelösung erhoben und nach Risikokategorien unterteilt. Die Risiken werden soweit wie möglich quantifiziert. Die zur Risikosteuerung notwendigen Maßnahmen werden erfasst. Zudem werden Risiken ad hoc betrachtet, sofern sie wesentlich sind.

Mit Hilfe von Risikotragfähigkeitskonzept, Limitsystem und Risikoinventur kann unmittelbar und angemessen auf Entwicklungen reagiert werden, die für die DEVK ein Risiko darstellen. Wirksamkeit und Angemessenheit werden durch die interne Revision überwacht.

Die Risikolage der Einzelunternehmen und des Konzerns wird quartalsweise anhand des Risikoberichts in der dezentralen Risikorunde sowie im Risikokomitee erörtert. Hierbei werden die als wesentlich identifizierten Risiken, die Limitauslastungen und die aktuellen Risikotreiber berücksichtigt. Anschließend wird den jeweils verantwortlichen Vorständen im Rahmen einer Vorstandsvorlage der Risikobericht vorgelegt.

Erstmals wurde zum Stichtag 31. Dezember 2020 der Bericht zu Eigenen Risikobeurteilung (ERB) erstellt. Der ERB wird alle drei Jahre erstellt.

EbAV-II-Richtlinie

Die Vorschriften der Richtlinie über die Tätigkeiten und die Beaufsichtigung von Einrichtungen der betrieblichen Altersversorgung (EbAV-II-Richtlinie) sowie der aus der Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) abgeleiteten Informationspflichten-Verordnung werden in den Standard-Prozessen des Unternehmens berücksichtigt. Zu den Vorschriften gehört u. a. die Anzeigen von Schlüsselfunktionen, die Berücksichtigung von Änderungen in den Gruppen-Leitlinien, Anforderungen an das Vergütungssystem, das veränderte Meldewesen gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Bundesbank sowie Anforderungen an die Anlagepolitik und erweiterte Informationspflichten gegenüber Kunden.

Pensionsfondstechnische Risiken

In einem Pensionsfonds sind dies im Wesentlichen das biometrische Risiko, das Zinsgarantierisiko (Mindestleistung) und das Kostenrisiko.

Das biometrische Risiko besteht darin, dass sich die in den Pensionsplänen verwendeten Rechnungsgrundlagen, z. B. Sterbewahrscheinlichkeiten, im Laufe der Zeit verändern.

Für laufende Leistungen wird seit dem Jahr 2014 zur Stärkung der Sicherheitsmargen eine biometrische Nachreservierung vorgenommen, die im Jahr 2022 für den Teilbestand der Invalidenrenten erhöht wurde. Die für die Reserveberechnung verwendeten Wahrscheinlichkeitstabellen enthalten nach heutiger Sicht ausreichende Sicherheitsmargen.

Mit Einführung von Unisex-Tarifen im Jahr 2013 ist die Bestandszusammensetzung nach Geschlecht (Mischungsverhältnis) zum weiteren Kalkulationsparameter geworden. Das Mischungsverhältnis wurde vorsichtig gewählt, wird regelmäßig überprüft und enthält nach Einschätzung des Verantwortlichen Aktuars ausreichende Sicherheitsmargen.

Das Zinsgarantierisiko besteht darin, dass die in den Pensionsplänen garantierten (Mindest-) Leistungen aufgrund eines sehr niedrigen Zinsniveaus nicht mehr finanziert werden können.

Im Geschäftsjahr 2022 verminderte sich die Zinszusatzreserve um 24 Tsd. € auf 525 Tsd. €. Der maßgebliche Referenzzins beträgt zum 31. Dezember 2022 1,57 %, sodass die Bildung einer Zinszusatzreserve für Verträge mit einem Garantiezins von mindestens 1,75 % erforderlich war. Aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung gehen wir davon aus, dass sich diese zusätzliche Deckungsrückstellung in den kommenden Jahren weiter vermindern wird.

Zurzeit liegen ausreichende Sicherheitsmargen vor. Wir gehen davon aus, dass – aus heutiger Sicht – auch zukünftig ausreichende Sicherheitsspannen gegeben sind.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der DEVK-Pensionsfonds im Jahr 2022 trotz der Entwicklungen am Kapitalmarkt ein insgesamt angemessenes Kapitalanlageergebnis erzielen konnte. Da auch in den vergangenen Jahren hohe Kapitalanlageergebnisse erzielt wurden, stellen die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung einen weiteren Puffer dar.

Durch eine sorgfältige Produktentwicklung und ständige aktuarielle Verlaufsanalysen wird regelmäßig sichergestellt, dass die verwendeten Rechnungsgrundlagen angemessen sind und ausreichende Sicherheitsmargen enthalten. Darüber hinaus ist ein zusätzliches Ausgleichs- und Stabilisierungspotenzial durch die freien Teile der Rückstellung für Beitragsrückerstattung gegeben.

Das Kostenrisiko besteht darin, dass die tatsächlichen Kosten die rechnungsmäßigen Kosten übersteigen oder die anwartschaftlichen Vertragsguthaben nicht zur Deckung der garantierten Leistungen sowie der rechnungsmäßigen Kosten ausreichen. Für Verträge in der Anwartschaft ist aufgrund der vertraglichen Regelungen sowie der kollektiven Sicherungsmechanismen weitestgehend davon auszugehen, dass die tatsächlichen Kosten voraussichtlich auf Dauer gedeckt werden können. Die Absenkung des Höchstrechnungszinses zum 01. Januar 2022 führte in einem Teilbestand dazu, dass diese Deckung gefährdet ist. Die hiervon betroffenen Tarife wurden zum 01. Januar 2023 abgelöst. Für den Neugeschäftsjahrgang 2022 wird eine Zusatzrückstellung gebildet, um die Finanzierung der zugesicherten Leistungen sicherzustellen. Für Alt-Verträge mit laufender Rentenzahlung wird seit 2013 eine Kostennachreservierung vorgenommen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass aus Verträgen mit laufender Rentenzahlung langfristig ausreichende Kosteneinnahmen generiert werden. Zur Bedeckung temporär erhöhter tatsächlich anfallender Kosten, die durch die rechnungsmäßigen Kosten nicht ausgeglichen werden, wird seit dem Jahr 2021 eine pauschale Kostennachreservierung gebildet.

Die Kostensituation der DEVK Pensionsfonds-AG wird auch zukünftig intensiv beobachtet und analysiert werden, dies gilt insbesondere hinsichtlich der Wechselwirkungen zwischen Zinsgarantie- und Kostenrisiko. Aktuell liegt eine starke Beeinflussung durch ein Migrationsprojekt vor.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft ergeben sich aus Forderungen gegenüber Versorgungsberechtigten und Vermittlern nicht.

Kapitalanlagerisiken

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen:

- das Risiko ungünstiger Marktpreisentwicklungen, insbesondere Zins-, Aktien-, Immobilien- oder Wechselkursrisiken,
- das Risiko von Adressenausfällen (Bonitätsrisiko),
- das Risiko stark korrelierender Risiken, die das Ausfallrisiko erhöhen (Konzentrationsrisiko),
- das Liquiditätsrisiko, also das Risiko, den Zahlungsverpflichtungen nicht jederzeit nachkommen zu können.

Im Bereich der Kapitalanlagen wurden die Vorschriften der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV) zu Grunde gelegt. Kurs- und Zinsrisiken wird durch eine ausgewogene Mischung der Anlagearten begegnet. Darüber hinaus beschränken wir das Bonitätsrisiko bzw. das Konzentrationsrisiko durch strenge Rating-Anforderungen und ständige Überprüfung der von uns gewählten Emittenten, so dass keine existenzgefährdenden Abhängigkeiten von einzelnen Schuldern bestehen. Durch eine Anlehnung der Fälligkeitsstruktur der Zinsanlagen an die Verpflichtungen ist ein ausreichender Liquiditätszufluss gewährleistet. Die geplante Beimischung von Realwerten, insbesondere Immobilien mit einem zinsähnlichen Zahlungsprofil, wird zukünftig neben den Ertragschancen die Diversifikation innerhalb der Kapitalanlagen erhöhen. Allerdings kann bei Realwerten die Höhe der jährlichen Ausschüttungen schwanken, zudem besteht kein fester Rückzahlungsbetrag; das Risiko der Kapitalanlagen steigt somit auch.

Zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2022 haben wir einen eigenen Kapitalanlagestresstest durchgeführt. Der Kapitalanlagestresstest überprüft, ob der Pensionsfonds trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf den Kapitalmärkten in der Lage ist, die gegenüber den Kunden eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Kapitalanlagestresstest simuliert eine kurzfristige, adverse Kapitalmarktveränderung und betrachtet die bilanziellen Auswirkungen für den Pensionsfonds. Zielhorizont ist der nächste Bilanzstichtag. Es wird eine

negative Entwicklung auf dem Aktienmarkt bei gleichbleibendem Rentenmarkt, ein gleichzeitiger „Crash“ auf dem Aktien- und Rentenmarkt sowie auf dem Aktien- und Immobilienmarkt unterstellt.

Zur Absicherung von Kapitalanlagerisiken bestehen Ende 2022 die folgenden Maßnahmen:

- Ausrichtung der Kapitalanlagen anhand der Fristigkeit der passivseitigen Verpflichtungen
- Währungskongruente Refinanzierungen im Bereich der indirekten Immobilieninvestments.

Signifikante Liquiditätsrisiken liegen aufgrund der besonderen Konstruktion des Pensionsfonds nicht vor. Eine detaillierte mehrjährige Kapitalanlageplanung wird regelmäßig erstellt.

Zinsblock

Per 31. Dezember 2022 beträgt der Zinsblock des Pensionsfonds 1.265,1 Mio. €. Dieser weist zum Stichtag eine negative Bewertungsreserve i.H.v. 267,2 Mio. € auf, im Vorjahr betragen die Bewertungsreserven im Zinsblock 203,4 Mio. €. Insgesamt sind 817,8 Mio. € als direkt gehaltene Inhaberpapiere und auf eigene Rechnung gehaltene Rentenfonds bei Zinsanstiegen abschreibungsgefährdet. Im Zinsblock enthalten sind reine Rentenfonds, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Inhaberpapiere und auf eigene Rechnung gehaltene Rentenfonds im Volumen von 805,5 Mio. € haben wir dem Anlagevermögen gewidmet, da die Absicht besteht, diese Papiere bis zur Endfälligkeit zu halten und etwaige Kursschwankungen als vorübergehend eingeschätzt werden. Diese Kapitalanlagen weisen eine negative Bewertungsreserve in Höhe von 134,5 Mio. € auf. Darin enthalten sind stille Lasten in Höhe von 147,3 Mio. € (Vorjahr 7,0 Mio. €) sowie stille Reserven in Höhe von 12,7 Mio. € (Vorjahr 180,8 Mio. €). Da der Anstieg der stillen Lasten primär auf die Marktzinsbewegung zurückzuführen ist und keine Anhaltspunkte für eine Bonitätsverschlechterung vorliegen, besteht aufgrund der Halteabsicht bis zur Endfälligkeit keine dauerhafte Wertminderung. Die Auswirkung einer Renditeverschiebung um +/-1 %-Punkt bedeutet eine Wertveränderung von -121,7 Mio. € bzw. 145,9 Mio. €.

Die Angabe der Auswirkung eines Zinsanstiegs um einen Prozentpunkt gibt nur ansatzweise einen Hinweis auf den Einfluss auf unsere Ertragssituation. Grund dafür ist, dass sich innerhalb eines Jahres durch Restlaufzeitverkürzung der einzelnen Wertpapiere Marktwertveränderungen und Veränderungen der Zinssensitivität ergeben. Weiterhin ist der überwiegende Teil unserer Zinsanlagen in – dem Anlagevermögen gewidmeten – Inhaberschuldverschreibungen oder zum Nennwert bilanzierten Anleihen investiert. Hier führt ein Anstieg des Marktzinses aufgrund der Bilanzierungsvorschriften nicht zu Abschreibungen. Weisen die Wertpapiere noch stille Reserven aus, würden diese zunächst abgebaut werden. Ausnahme hiervon sind Wertverluste aufgrund von Bonitätsverschlechterungen, die sich bei den jeweiligen Emittenten ergeben könnten. Die kurzfristigen Ausweitungen der Risikozuschläge in der ersten Jahreshälfte 2022 verdeutlichen dies. Zum Ende des Jahres 2022 lagen diese deutlich oberhalb des Ausgangswerts zu Jahresanfang. Wie schon 2022 zu beobachten war, sind ansteigende Risikozuschläge infolge von Bonitätsverschlechterungen in einer wirtschaftlichen Abschwächung, infolge einer Erwartung steigender Zinsen oder einer Aktienmarktkorrektur, in 2023 möglich.

Die Kapitalanlage für Rechnung und Risiko des Pensionsfonds orientiert sich an den Laufzeiten der Passivseite (Durationsmatching) und besteht zum großen Teil aus Staatsanleihen (42,5 %). Weitere 40,9 % der Kapitalanlagen bestehen bei Kreditinstituten und 9,1 % bei Unternehmen. Investitionen in Anleihen europäischer Peripherieländer liegen nicht vor. Anleihen von Emittenten aus Russland und der Ukraine sind nicht im Direktbestand oder in durchgeschauten Spezialfonds vorhanden. In der Neuanlage wird aktuell mehrheitlich in Bank- sowie Unternehmensanleihen investiert.

Unsere Zinsanlagen weisen folgende Ratingverteilung auf:

Ratingverteilung		
	Geschäftsjahr	Vorjahr
AA- und besser	86,6 %	88,2 %
A- bis A+	13,4 %	11,8 %
BBB- bis BBB+	0,0 %	0,0 %
BB+ und schlechter	0,0 %	0,0 %

Der Anteil an Ratings des Pensionsfonds im Bereich „AA- und besser“ sank gegenüber dem Vorjahr leicht, die Anlage in der Ratingklasse „A- bis A+“ ist dagegen gestiegen. In der Wiederanlage wurden ausschließlich Anleihen mit hoher Bonität gekauft. Die Risikolage im Bereich des Kreditrisikos hat sich ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau im Vergleich zum Vorjahr leicht erhöht. Wir werden auch zukünftig bei Neu- und Wiederanlagen ausschließlich in Zinspapieren hoher Bonität investieren.

Aktienanlagen

Am Bilanzstichtag waren zu Buchwert 3,7 Mio. € (Vorjahr 4,6 Mio. €) in Aktienfonds investiert, die vorgehalten werden, um hieraus den Versorgungsberechtigten bei Beitragseingang die entsprechenden Fondsanteile in den Anlagestock abgeben zu können (Pufferdepot). Zusätzlich reduzierte sich 2022 der direkte Aktienbestand, welcher 2020 für Kunden in der Rentenphase zur langfristigen Ertragssteigerung aufgebaut wurde, im Wesentlichen durch Verkäufe und in Teilen durch Abschreibungen von 5,1 Mio. € auf 4,3 Mio. €. Die Bewertungsreserve auf diesen Aktien zum 31. Dezember 2022 ist unverändert positiv und beträgt 1,0 Mio. € (Vorjahr 1,3 Mio. €). Zudem verfügt die Gesellschaft seit 2020 über einen ersten Bestand an indirekten Private Equity-Investitionen mit Ende 2022 einem Volumen in Höhe von 4,5 Mio. € (Vorjahr 4,4 Mio. €), der gleichfalls Reserven aufweist.

Bei einer Marktveränderung von 20 % verändert sich der Wert unseres Aktienportfolios um 1,8 Mio. €. Der deutsche Aktienindex (DAX 40) hat sich inklusive Dividenden in einem schwierigen Marktumfeld im Jahr 2022 insgesamt negativ entwickelt, der EuroStoxx 50 Index hat eine nur unwesentlich bessere Performance gezeigt. Die Schwankungen innerhalb des Jahres waren z. T. hoch. Mittelfristig erwarten wir eine positive Entwicklung, allerdings unter zum Teil hohen Volatilitäten. Eine Investition in russischen oder ukrainischen Aktien liegt nicht vor.

Immobilien

Erstmals erfolgte 2020 eine Investition in Immobilienfonds. Bis Ende 2022 erhöhte sich der Wert von 75,5 Mio. € in 2021 auf 91,1 Mio. €, davon 10,4 Mio. € in Immobilien-Spezialfonds und 80,7 Mio. € in Grundstücksbeteiligungen. Ein weiterer Ausbau der Immobilienanlagen ist geplant. Bei Immobilienfonds kommt neben dem allgemeinen Immobilienrisiko noch teilweise ein Währungsrisiko hinzu, welches – soweit möglich – über währungskongruente Finanzierung und Währungs-Forwards abgesichert wird. Auswirkungen aus einem möglichen Abschwung am Immobilienmarkt, insbesondere im Büroimmobilienmarkt, werden durch vorhandene stille Reserven auf den Immobilien, Diversifizierung, Fokus auf sehr gute Lagen und möglichst langfristige, indexierte Mietverträge mit Mietern guter Bonität begrenzt. Abgesehen vom Inflationsrisiko, das über eine Indexierung der Mietverträge begrenzt wird, liegen keine besonderen Risiken vor.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken entstehen aus unzulänglichen oder fehlgeschlagenen betrieblichen Abläufen, Versagen technischer Systeme, menschlichem Fehlverhalten oder externen Ereignissen. Rechtsrisiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Hierunter zählen auch Compliance-Risiken.

Das Management der operationellen Risiken erfolgt durch eine sorgfältige Ausgestaltung des Internen Kontrollsystems. Zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der betrieblichen Abläufe sind zu den Risiken entsprechende Kontrollen eingerichtet. Deren Funktionsfähigkeit wird laufend überwacht, etwaige Kontrollschwächen werden beurteilt und gegebenenfalls beseitigt. Im Rahmen des Internen Kontrollsystem-Prozesses erfolgt eine Zuweisung klarer Zuständigkeiten für die regelmäßige Ermittlung, Dokumentation und Überwachung relevanter Exponierungen gegenüber dem Risiko.

Operationelle Risiken werden schwerpunktmäßig in der halbjährlichen Risikoinventur und fortlaufend in der Prozessdokumentation erfasst und beschrieben.

Die Unterstützung der Geschäftsprozesse durch den IT-Betrieb bringt eine Vielzahl operationeller Risiken mit sich. Die Sicherheit der Programme und der Datenhaltung sowie des laufenden Betriebs werden durch umfassende Zugangskontrollen und Schutzvorkehrungen sowohl in den internen Rechenzentren als auch in Rechenzentren der Drittanbieter (Cloud) gewährleistet. Die IT-Infrastruktur der DEVK ist redundant ausgelegt. Die beiden Rechenzentren sind über zwei getrennte Glasfaserleitungen miteinander verbunden. Es werden im Rahmen der Cloud-Strategie eine Vielzahl der Systeme in der Cloud betrieben.

Die Informationssicherheits-Strategie der DEVK nennt als Sicherheitsziele die Vertraulichkeit, Integrität und Verfügbarkeit von Daten, Anwendungen und der IT-Infrastruktur. Zentrale Elemente des Informationssicherheits-Managements der DEVK sind das Informationssicherheits-Board und der Informationssicherheits-Beauftragte. Das Informationssicherheits-Board dient der strategischen Steuerung der Informationssicherheit der DEVK-Gruppe und der Vorbereitung sicherheitsrelevanter Entscheidungsvorlagen für den Vorstand. Der Informationssicherheits-Beauftragte steuert den Informationssicherheits-Prozess. Um ein gleichmäßiges und angemessenes Sicherheitsniveau zu erreichen, werden die Sicherheitsmaßnahmen am Schutzbedarf und den Bedrohungen der Sicherheitsziele ausgerichtet. Die DEVK strebt im Hinblick auf das Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme (IT-Sicherheitsgesetz) für den IT-Betrieb die Zertifizierungsreife nach ISO27001 auf Basis des IT-Grundschatzes nach Standard des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik an.

Ein weiterer Baustein der Informationssicherheit ist auch die Sensibilisierung der Mitarbeitenden für die Gefahren aus Social Engineering und Datenschutz. Hierzu werden über unser Weiterbildungsportal entsprechende Schulungen angeboten.

Das Notfallmanagement (Business Continuity Management) ist Bestandteil des Internen Kontrollsystems. Es gewährleistet, dass die DEVK bei Unterbrechungen zeitkritischer Aktivitäten ihren Geschäftsbetrieb auf einem festgelegten Mindestniveau (Notbetrieb) fortsetzen kann und schnellstmöglich eine Wiederherstellung des Normalbetriebs erreicht. Zentraler Bestandteil des Notfallmanagements ist die Identifizierung der zeit- und geschäftskritischen Aktivitäten einschließlich der erforderlichen Ressourcen. Als kritische Aktivitäten werden all jene bezeichnet, durch deren Ausfall eine Bestandsgefährdung der DEVK-Gruppe erfolgen kann. Szenariospezifisch bestehen Notfallpläne, die einen definierten Notbetrieb gewährleisten und eine schnelle Rückkehr zum Normalbetrieb ermöglichen. Notfallübungen dienen der Prüfung der Wirksamkeit der Maßnahmen.

Auf der Grundlage der Anforderungen wurde ein IT-Service Continuity Plan mit folgenden Bestandteilen entwickelt:

- IT-Notfallhandbuch,
- Wiederanlaufpläne für alle geschäftskritischen Anwendungs-Services und Basisdienste und
- übergeordneter Wiederanlauf-Gesamtplan.

Der IT-Service Continuity Plan wird regelmäßig getestet, um sicherzustellen, dass die IT-Systeme effektiv wiederhergestellt werden können.

Das Management von Kopfmonopolen und Schlüsselpositionen ist grundsätzlich Bestandteil der Personalstrategie der DEVK-Gruppe. Im Rahmen der Personalplanung werden Kopfmonopole und Schlüsselpositionen regelmäßig erhoben. Zur Vermeidung von Kopfmonopolen wird Wissen auf mehrere Mitarbeitende verteilt. Dokumentationen unterstützen die Einarbeitung und Verteilung von Wissen.

Dem demografischen Risiko begegnet die DEVK-Gruppe mit Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitgeberattraktivität. Hierzu zählen verstärktes Personalmarketing und flexible Arbeitszeitmodelle zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Ein aktives Gesundheitsmanagement wirkt dem Krankheitsrisiko der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen entgegen.

Rechtliche Risiken sind Bestandteil der operationellen Risiken. Rechtsänderungsrisiken bezeichnen Risiken, die sich aufgrund einer Änderung des Rechtsumfelds einschließlich der aufsichtsrechtlichen Anforderungen ergeben. Zu den Folgen aus Compliance-Risiken gehören rechtliche oder aufsichtsrechtliche Sanktionen und wesentliche finanzielle Verluste, die aus der Nichteinhaltung externer Anforderungen oder interner Vorgaben resultieren. Die DEVK hat ein Compliance-Management-System etabliert, das die Einhaltung externer Anforderungen und interner Vorgaben gewährleistet.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die aufsichtsrechtlichen Anforderungen der Solvabilitätsverordnung werden erfüllt.

Insgesamt können wir zurzeit keine Entwicklung erkennen, die zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnte.

Köln, 10. März 2023

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Versorgungsverhältnissen im Geschäftsjahr 2022

	Anwärter	
	Männer Anzahl	Frauen Anzahl
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	151.508	51.460
II. Zugang während des Geschäftsjahres		
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	14.574	4.442
2. sonstiger Zugang	-	1
3. gesamter Zugang	14.574	4.443
III. Abgang während des Geschäftsjahres		
1. Tod	242	31
2. Beginn der Altersrente	2.872	910
3. Invalidität	175	76
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-
5. Beendigung unter Zahlung von Beträgen	3.418	950
6. Beendigung ohne Zahlung von Beträgen	59	10
7. sonstiger Abgang	-	-
8. gesamter Abgang	6.766	1.977
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	159.316	53.926
davon:		
1. nur mit Anwartschaft auf Invaliditätsversorgung	-	-
2. nur mit Anwartschaft auf Hinterbliebenenversorgung	-	-
3. mit Anwartschaft auf Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung	-	-
4. beitragsfreie Anwartschaften	-	-
5. in Rückversicherung gegeben	-	-
6. lebenslange Altersrente	-	-
7. Auszahlungsplan mit Restverrentung	-	-

Invaliden- und Altersrenten			Hinterbliebenenrenten					
Männer Anzahl	Frauen Anzahl	Summe der Jahresrenten Tsd. €	Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Summe der Jahresrenten		
						Witwen Tsd. €	Witwer Tsd. €	Waisen Tsd. €
3.734	1.231	3.220	210	39	10	158	30	4
787	225	697	49	6	2	31	4	1
-	-	25	-	-	-	1	-	-
787	225	722	49	6	2	32	4	1
54	9	32	1	-	-	1	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
2	-	1	-	-	1	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	3	12	2	1	-	-	-	-
74	12	45	3	1	1	1	-	-
4.447	1.444	3.897	256	44	11	189	34	5
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-	-	-	-
3.860	1.256	3.255	-	-	-	-	-	-
311	78	278	-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss

Bilanz zum 31. Dezember 2022

Aktivseite	€	€	€	Vorjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		4.243.198		3.390
II. geleistete Anzahlungen		<u>26.228</u>		24
			4.269.426	3.415
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.674.985			65.100
2. Beteiligungen	<u>4.489.630</u>			4.402
		85.164.615		69.502
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	68.946.444			34.321
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	<u>767.204.447</u>			776.540
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	425.693.091			413.239
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	<u>21.605.389</u>			19.704
		1.283.449.371		1.243.805
			1.368.613.986	1.313.307
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern				
- Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			643.160.707	523.425
D. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft an:				
1. Arbeitgeber und Versorgungsberechtigte	334.693			248
2. Vermittler	<u>269.392</u>			291
		604.085		538
II. Sonstige Forderungen		<u>1.368.916</u>		12
davon:			1.973.001	550
an verbundene Unternehmen: 1.354.866,84 €				-
E. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		298.150		342
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		<u>20.327</u>		522
			318.477	864
F. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		1.314.987		992
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		<u>9.117</u>		12
			1.324.104	1.004
Summe der Aktiva			2.019.659.702	1.842.564

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Sicherungsvermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Passivseite			
	€	€	€ Vorjahr Tsd. €
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		5.000.000	5.000
II. Kapitalrücklage		13.153.766	8.154
III. Gewinnrücklagen			
1. gesetzliche Rücklage	500.000		500
2. andere Gewinnrücklagen	680.000		680
		<u>1.180.000</u>	1.180
		19.333.766	14.334
B. Pensionsfondstechnische Rückstellungen			
I. Deckungsrückstellung		1.294.449.747	1.240.429
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle		1.212.351	1.751
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung		<u>58.412.199</u>	54.266
		1.354.074.297	1.296.446
C. Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern			
– Deckungsrückstellung		643.160.707	523.425
D. Andere Rückstellungen			
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		497.277	462
II. Sonstige Rückstellungen		<u>74.842</u>	64
		572.119	527
E. Andere Verbindlichkeiten			
I. Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft gegenüber			
1. Arbeitgebern	588.517		1.421
2. Versorgungsberechtigten	<u>1.052</u>		-
		589.569	1.421
II. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>916.524</u>	6.412
davon:			
gegenüber verbundenen Unternehmen: 500.001,25 €			7.833
aus Steuern: 13.101,58 €			5.553
		1.506.094	22
F. Rechnungsabgrenzungsposten			
		1.012.720	-
Summe der Passiva		2.019.659.702	1.842.564

Es wird mit der u. a. Einschränkung bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten Passiva B. I. und C. eingestellte Deckungsrückstellung in Höhe von 1.937.610.453,89 € unter Beachtung des § 341f HGB sowie der auf Grund des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist. Die in der Deckungsrückstellung enthaltene Zinszusatzreserve in Höhe von 525.097,53 € wurde abweichend von § 23 PFAV teilweise pauschal mit Hilfe von Vorjahreswerten ermittelt.

Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2022

Posten	€	€ Vorjahr Tsd. €
I. Pensionsfondstechnische Rechnung		
1. Verdiente Beiträge		
– Gebuchte Beiträge	276.336.856	259.563
2. Beiträge aus der Rückstellung für Beitragsrückerstattung	5.317.830	5.038
3. Erträge aus Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	2.385.091	1.708
davon:		
aus verbundenen Unternehmen 2.355.587 €		1.688
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	28.307.563	26.376
c) Erträge aus Zuschreibungen	10.600	3
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.226.252	2.266
	34.929.506	30.354
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen		- 58.572
5. Sonstige pensionsfondstechnische Erträge	3.957.080	3.635
6. Aufwendungen für Versorgungsfälle		
a) Zahlungen für Versorgungsfälle	51.445.502	44.257
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle	-539.100	101
	50.906.402	44.358
7. Veränderung der übrigen pensionsfondstechnischen Rückstellungen		
– Deckungsrückstellung	-173.756.907	-290.787
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen	9.464.461	12.214
9. Aufwendungen für den Pensionsfondsbetrieb		
a) Abschlussaufwendungen	2.445.244	2.271
b) Verwaltungsaufwendungen	3.339.874	2.879
	5.785.118	5.150
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	265.886	250
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.273.395	766
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	5.704.957	468
	10.244.238	1.484
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen	70.422.588	1.809
12. Sonstige pensionsfondstechnische Aufwendungen	884	-
13. Pensionsfondstechnisches Ergebnis	-39.326	1.358
II. Nichtpensionsfondstechnische Rechnung		
1. Sonstige Erträge	2.068.944	26
2. Sonstige Aufwendungen	1.440.360	1.106
	628.584	-1.080
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	589.258	278
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	88.241	76
5. Sonstige Steuern	1.018	2
	89.258	78
6. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	500.000	200
7. Jahresüberschuss	-	-
8. Einstellungen in Gewinnrücklagen	-	-
– in die gesetzliche Rücklage	-	-
9. Bilanzgewinn	-	-

Anhang

Bilanzierungs-, Ermittlungs- und Bewertungsmethoden

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Software) wurden zu Anschaffungskosten bewertet und mit Ausnahme der geleisteten Anzahlungen planmäßig abgeschrieben. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** und **Beteiligungen** wurden mit den Anschaffungskosten oder mit dem niedrigeren beizulegenden Wert ausgewiesen.

Der Ansatz der **Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**, der **Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** erfolgte zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Börsenkursen. Kapitalanlagen, die nach § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet werden, wurden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip angesetzt. Kapitalanlagen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind, wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Sofern in früheren Jahren eine Abschreibung auf einen niedrigeren Wert erfolgte, wurde eine Zuschreibung vorgenommen, wenn diesen Vermögensgegenständen am Bilanzstichtag wieder ein höherer Wert beigemessen werden konnte. Die Zuschreibungen erfolgten bis zur Höhe der Anschaffungskosten oder auf den niedrigeren Börsenwert.

Die Bilanzwerte der **Namenschuldverschreibungen** entsprechen den Nennwerten. Agio und Disagio wurden durch Rechnungsabgrenzung auf die Laufzeit verteilt. Zero-Namenschuldverschreibungen wurden mit ihren Anschaffungskosten, zuzüglich des in Abhängigkeit vom Kapitalvolumen und der Verzinsungsvereinbarung ermittelten Zinsanspruchs, aktiviert.

Die Bilanzwerte der Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden zu fortgeführten Anschaffungskosten zuzüglich oder abzüglich der kumulierten Amortisation einer Differenz zwischen den Anschaffungskosten und den Rückzahlungsbeträgen unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Das **Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern** wurde gemäß § 341 Abs. 4 Satz 2 und § 341d HGB mit dem Zeitwert bewertet und in einem gesonderten Posten ausgewiesen. Auf Grund der Bestimmungen in den Pensionsplänen wurde der Wert entsprechend der Verpflichtung des Pensionsfonds im Versorgungsfall angesetzt.

Die **Forderungen aus dem Pensionsfondsgeschäft** sind zu Nennwerten bilanziert worden.

Die **sonstigen Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wurden, soweit sie nicht die Betriebs- und Geschäftsausstattung betrafen, zu Nennwerten abzüglich notwendiger Einzelwertberichtigungen angesetzt. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurde zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode ermittelt. Bei geringwertigen Anlagegütern, die dem Sammelposten zugeführt wurden, erfolgen Abschreibungen über fünf Jahre verteilt, jeweils beginnend mit dem Anschaffungsjahr. Anderenfalls wurden diese im Jahr der Anschaffung als Betriebsausgabe erfasst.

Unter den **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden hauptsächlich die noch nicht fälligen Zinsansprüche zu Nennwerten angesetzt.

Die **Deckungsrückstellung** wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln, nach versicherungsmathematischen Grundsätzen, berechnet. Die Berechnung erfolgte unter Beachtung der Vorschriften des § 341f HGB und des § 240 Satz 1 Nr. 10-12 VAG sowie den zugehörigen Regelungen der Pensionsfonds-Aufsichtsverordnung (PFAV). Die Deckungsrückstellung wurde grundsätzlich unter Berücksichtigung implizit angesetzter Kosten berechnet. Für Verträge im Rentenbezug erfolgte eine Nachreservierung bezüglich zukünftiger Verwaltungskosten sowie eine biometrische Nachreservierung. Die Deckungsrückstellung für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde nach der retrospektiven Methode ermittelt, die übrige Deckungsrückstellung nach der prospektiven Methode. Die Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) für Anwärter wurde prospektiv mit einem vom Zeitpunkt des Vertragsbeginns abhängigen Rechnungszins zwischen 0,25 % und 3,25 % ermittelt; die Mindestdeckungsrückstellung für laufende Renten wurde prospektiv je nach Rentenbeginn mit einem Rechnungszins zwischen 0,25 % und 2,25 % ermittelt. Es wurden modifizierte HEUBECK-Richttafeln 2005 G sowie DAV-Sterbetafeln 2004 R verwendet.

Der Schlussüberschussanteilfonds wurde für jeden Vertrag unter Berücksichtigung des individuellen technischen Beginns einzeln ermittelt. Die Berechnung des Schlussüberschussanteilfonds erfolgte gemäß § 15 Abs. 5 und 6 RechPensV. Der Diskontierungszinssatz beträgt 0,5 % p. a.

Die Beträge für die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versorgungsfälle** wurden für die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen und bis zum Zeitpunkt der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle einzeln ermittelt. Die bis zum Bilanzstichtag eingetretenen, aber erst nach der Bestandsfeststellung bekannt gewordenen Versorgungsfälle wurden aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit geschätzt. Noch nicht abgewickelte beendete Pensionsfondsverträge und Versorgungsverhältnisse wurden ebenfalls berücksichtigt.

Die Rückstellung enthält auch Beträge für die Schadenregulierungsaufwendungen.

Die Bildung der **Rückstellung für Beitragsrückerstattung** erfolgte gemäß der Satzung, den gesetzlichen Regelungen und den Bestimmungen zur Überschussbeteiligung in den Pensionsplänen.

Die **anderen Rückstellungen** wurden nach folgenden Grundlagen gebildet:

Die Berechnung der **Pensionsrückstellung** erfolgte nach der sogenannten Projected Unit Credit-Methode auf der Basis der HEUBECK-Richttafeln 2018 G. Der Diskontierungszinssatz wurde auf Basis der bisher gültigen Rückstellungsabzinsungsverordnung als 10-jähriger Durchschnitt festgelegt. Er wurde mit 1,78 % (Vorjahr 1,87 %) angesetzt und auf Basis einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ermittelt (§ 253 Abs. 2 Satz 2 HGB). Als Finanzierungsendalter wurde die vertragliche Altersgrenze verwendet.

Die Gehaltsdynamik wurde mit 2,0 % p. a., die Rentendynamik wurde je nach Zusage mit 2,0 %, 2,0 % bzw. 1,0 % p. a. angesetzt.

Die **sonstigen Rückstellungen** sind für das laufende Geschäftsjahr gebildet und bemessen sich nach dem nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrag.

Die **Verbindlichkeiten aus dem Pensionsfondsgeschäft** und die **sonstigen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Unter den **passiven Rechnungsabgrenzungsposten** wurden das Disagio aus Namensschuldverschreibungen angesetzt.

Angaben zu latenten Steuern erfolgen auf Grund der steuerlichen Organschaft auf Ebene der Organträgerin DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE, Köln.

Entwicklung der Aktivposten A., B. I. bis II. im Geschäftsjahr 2022

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Zuschrei- bungen Tsd. €	Abschrei- bungen Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.390	1.311	-	-	-	458	4.243
2. geleistete Anzahlungen	24	2	-	-	-	-	26
3. Summe A.	3.415	1.312	-	-	-	458	4.269
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen							
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	65.100	15.575	-	-	-	-	80.675
2. Beteiligungen	4.402	600	-	513	-	-	4.490
3. Summe B. I.	69.502	16.175	-	513	-	-	85.165
B. II. Sonstige Kapitalanlagen							
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	34.321	243.503	-	204.615	11	4.273	68.946
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	776.540	60.014	-	69.349	-	-	767.204
3. Sonstige Ausleihungen							
a) Namensschuldverschreibungen	413.239	24.020	-	11.566	-	-	425.693
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	19.704	1.901	-	-	-	-	21.605
4. Summe B. II.	1.243.805	329.437	-	285.530	11	4.273	1.283.449
insgesamt	1.316.721	346.925	-	286.042	11	4.731	1.372.883

Bei den Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände handelt es sich um planmäßige Abschreibungen.

Entwicklung der im Aktivposten C. erfassten Kapitalanlagen im Geschäftsjahr 2022

Aktivposten							
	Bilanzwerte Vorjahr Tsd. €	Zugänge Tsd. €	Um- buchungen Tsd. €	Abgänge Tsd. €	Nicht realisierte Gewinne Tsd. €	Nicht realisierte Verluste Tsd. €	Bilanzwerte Geschäftsjahr Tsd. €
C. Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern							
Sonstige Kapitalanlagen							
- Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	523.425	205.517	-	15.358	-	70.423	643.161
insgesamt	523.425	205.517	-	15.358	-	70.423	643.161

Erläuterungen zur Bilanz

Zu Aktiva B.

Kapitalanlagen

Wir haben Kapitalanlagen, die dauerhaft im Kapitalanlagebestand gehalten werden sollen, gemäß § 341b Abs. 2 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Kapitalanlagen weisen zum 31. Dezember 2022 folgende Buch- und Zeitwerte aus:

Kapitalanlagen	Buchwert €	Zeitwert €
B. I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	80.674.985	90.185.373
2. Beteiligungen	4.489.630	4.489.630
B. II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	68.946.444	64.833.053
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	767.204.447	638.307.443
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	425.693.091	301.430.293
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	21.605.389	13.223.703
insgesamt	1.368.613.986	1.112.469.495
davon:		
zu Anschaffungskosten bewertete Kapitalanlagen	1.322.613.985	1.077.377.390
davon:		
Kapitalanlagen im Anlagevermögen gemäß § 341b Abs. 2 HGB	815.912.063	681.928.159

In den Bewertungsreserven sind insgesamt stille Lasten in Höhe von 279,9 Mio. € enthalten. Diese entfallen auf Aktien, Investmentanteile, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Inhaberschuldverschreibungen, Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen.

Bei der Ermittlung der Zeitwerte wurden in Abhängigkeit von der jeweiligen Anlageart verschiedene Bewertungsmethoden angewandt.

Die Zeitwertermittlung für Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgte zum Buchwert oder Marktwert. Der Zeitwert der Beteiligungen an Immobiliengesellschaften bestimmt sich aus der Bewertung der Immobilienobjekte zum Marktwert.

Sowohl die Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapiere als auch die zu Anschaffungskosten bilanzierten festverzinslichen Wertpapiere wurden mit den Börsenjahresabschlusskursen bewertet.

Die Zeitwerte der Namensschuldverschreibungen sowie Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden gemäß § 36 RechPensV i. V. m. § 56 RechVersV auf der Grundlage der Renditestrukturkurve zu jeweils marktüblichen Konditionen ermittelt.

Finanzinstrumente i. S. d. § 285 Nr. 18 HGB, die über ihrem beizulegenden Zeitwert bilanziert wurden

	Buchwert Tsd. €	beizulegender Zeitwert Tsd. €
Aktien, Investmentanteile und andere festverzinsliche Wertpapiere	38.308	32.664
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	619.358	477.737
Namenschuldverschreibungen	423.011	298.746
Schuldscheinforderungen und Darlehen	21.605	13.224

Abschreibungen wurden unterlassen, da es sich nicht um voraussichtlich dauernde Wertminderungen handelt. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zu ihrer Fälligkeit zu halten und es ist aufgrund guter Bonitäten (bzw. keiner Bonitätsverschlechterung) nur von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen. Aufgrund geringer Zahlungsverzögerungen und niedriger Ausfallwahrscheinlichkeiten, zeigen eigene Analysen ein Aufholpotenzial, der durch Fonds vergebenen Darlehen, bis zu deren Nominalvolumen.

Zu Aktiva B. I.**Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen**

	Anteil in %	Eigenkapital €	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres €
DEVK Europa Real Estate Investment Fonds SICAV-FIS, Luxemburg (L)	4,00	818.839.458 ²	28.388.893 ²
DRED S.C.S. SICAV-FIS, Luxemburg (L)	11,88	517.246.243	47.464.083

²Basis Teilkonzernabschluss

Zu Aktiva C.**Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern**

	Anteileinheiten Anzahl	Bilanzwert €
Monega Rentenfonds	283.625	23.594.735
Monega Aktienfonds	5.564.631	619.565.972
insgesamt		643.160.707

Zu Aktiva F.**Rechnungsabgrenzungsposten**

noch nicht fällige Zinsforderungen	1.314.987 €
Vorauszahlungen für zukünftige Leistungen	9.117 €
	1.324.104 €

Zu Passiva A. I.

Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital in Höhe von 5,0 Mio. € ist in 5 Mio. nennwertlose Stückaktien eingeteilt.

Zu Passiva A. II.

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage wurde im Geschäftsjahr durch andere Zuzahlungen gem. § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB der DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG um 5,0 Mio. € auf insgesamt 13,2 Mio. € erhöht.

Zu Passiva B. I. und C.

Deckungsrückstellung

Für Verpflichtungen aus dem Pensionsfondsgeschäft wurden Deckungsrückstellungen in Höhe von insgesamt 1.937.610.454 € gebildet. Davon waren 643.160.707 € im Posten „Pensionsfondstechnische Rückstellungen entsprechend dem Vermögen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern“ auszuweisen. Die prospektiv ermittelte Mindestdeckungsrückstellung (Garantien des Pensionsfonds) beträgt 1.411.747.418 €. Damit schließt die bilanzierte Deckungsrückstellung die Mindestdeckungsrückstellung ein.

Zu Passiva B. III.

Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Stand 31.12.2021	54.265.568 €
Entnahme	5.317.830 €
Zuführung	9.464.461 €
Stand 31.12.2022	58.412.199 €
Zusammensetzung	
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte	€
laufende Überschussanteile	4.630.000
Schlussüberschussanteile	1.486.000
Schlussüberschussanteilfonds	25.769.000
ungebundener Teil	26.527.199

Zu Passiva F.

Rechnungsabgrenzungsposten

Disagio aus Namensschuldverschreibungen **1.012.720 €**

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Selbst abgeschlossenes Pensionsfondsgeschäft		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
gebuchte Beiträge		
– laufende Beiträge	219.174	206.484
– Einmalbeiträge	57.163	53.078
gebuchte Beiträge		
– mit Gewinnbeteiligung	276.337	259.563
gebuchte Beiträge		
– beitragsbezogene Pensionspläne	276.337	259.563

Provisionen und sonstige Bezüge der Vertreter, Personalaufwendungen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
1. Provisionen jeglicher Art der Vertreter	741	818
2. Sonstige Bezüge der Vertreter	-	-
3. Löhne und Gehälter	245	244
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	-	-
5. Aufwendungen für Altersversorgung	28	40
insgesamt	1.014	1.102

Es existierten keine Rückversicherungsverträge.

Die Pensionsrückstellung für die im Wege des Gemeinschaftsvertrags zur Verfügung gestellten Mitarbeiter wird bei der DEVK Rückversicherungs- und Beteiligungs-AG - DEVK RE bilanziert. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung mit Ausnahme der Zinszuführung wird der DEVK Pensionsfonds-AG belastet.

Im Berichtsjahr betragen die Bezüge des Vorstands 260.807 €. Die Ruhegehälter früherer Vorstandsmitglieder bzw. Hinterbliebener beliefen sich auf 7.725 €. Für diesen Personenkreis war am 31. Dezember 2022 eine Pensionsrückstellung von 164.107 € bilanziert. Die Vergütungen des Aufsichtsrats beliefen sich auf 65.459 €. Die Beiratsbezüge betragen 29.879 €.

Erträge aus Kapitalanlagen		
	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Erträge aus Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus Beteiligungen	2.385	1.708
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	22.286	21.168
c) Erträge aus Zuschreibungen	11	3
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.226	1.905
Erträge aus Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Erträge aus anderen Kapitalanlagen		
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	6.021	5.208
b) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-	361
insgesamt	34.929	30.353

Aufwendungen für Kapitalanlagen

	Geschäftsjahr Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
Aufwendungen für Kapitalanlagen (Aktivposten B.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	266	247
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	4.273	766
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.110	323
Aufwendungen für Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Arbeitnehmern und Arbeitgebern (Aktivposten C.)		
Aufwendungen für sonstige Kapitalanlagen		
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-	3
b) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.595	145
insgesamt	10.244	1.484

Seit dem Geschäftsjahr 2015 werden die Beiträge an den Pensions-Sicherungs-Verein direkt durch die Arbeitgeber vorgenommen.

Abschlussprüferhonorare

Für Leistungen, die der Abschlussprüfer (Mazars GmbH & Co. KG) für das Unternehmen erbracht hat, wurden im Geschäftsjahr 48.386 € aufgewendet. Diese entfielen in vollem Umfang auf Abschlussprüfungsleistungen.

Sonstige Angaben

Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt zum Stichtag 23.113 € (Vorjahr 34.035 €) und resultiert aus der Pensionsrückstellung.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Resteinzahlungsverpflichtungen aus Immobilienfonds betragen zum Jahresende 21,0 Mio. €. Hierauf entfallen Verpflichtungen gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 21,0 Mio. €.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich beeinflussen.

Allgemeine Angaben

Die DEVK Pensionsfonds-AG, Köln, ist beim Amtsgericht Köln unter der Handelsregisternummer HRB 36041 eingetragen.

Die Aufstellung der Mitglieder des Geschäftsführungsorgans und des Aufsichtsrats befinden sich vor dem Lagebericht.

Unser Unternehmen verfügt nicht über eigenes Personal.

An unserer Gesellschaft ist zum Bilanzstichtag die DEVK Vermögensvorsorge- und Beteiligungs-AG, Köln, mit 100 % beteiligt. Diese hat gemäß § 20 Abs. 4 AktG mitgeteilt, dass ihr die Mehrheit der Stimmrechte zustehen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den rechtlichen Vorschriften im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Name und Sitz des Mutterunternehmens, das den Konzernabschluss aufstellt, in den das Unternehmen einbezogen wurde:

DEVK Deutsche Eisenbahn Versicherung
Sach- und HUK-Versicherungsverein a.G.
Betriebliche Sozialeinrichtung der Deutschen Bahn
Zentrale, Riehler Straße 190, 50735 Köln

Der Konzernabschluss ist auf der Homepage der DEVK unter www.devk.de eingestellt und wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Überschussbeteiligung der Versorgungsanwärter und Versorgungsempfänger

Die Versorgungsanwärter und die Versorgungsempfänger werden gemäß den Festlegungen in den jeweiligen Pensionsplänen an den erwirtschafteten Überschüssen beteiligt. Dazu werden gleichartige Verträge in Risikoklassen zusammengefasst und diesen die entstandenen Überschüsse verursachungsgerecht zugeordnet. Der einzelne Vertrag erhält Anteile an den Überschüssen seiner zugehörigen Risikoklasse.

Die Überschüsse werden wie folgt verwendet:

Versorgungsanwartschaften

Die fälligen Überschussanteile werden dem Anlagestock zugeführt und erhöhen damit die Anzahl der Anteilheiten für den Vertrag.

Versorgungen im Leistungsbezug

Die fälligen Überschussanteile werden zur Erhöhung der (laufenden) garantierten Versorgungsleistung verwendet. Diese Erhöhungen sind ihrerseits wiederum überschussberechtigigt.

In Abhängigkeit von dem zugrunde liegenden Tarif sowie dem Vertragsstatus wird folgende Überschussbeteiligung für das Geschäftsjahr 2023 festgelegt:

Versorgungsanwartschaften

Die Versorgungsanwartschaften erhalten folgende Überschussbeteiligung:

Tarife	Grundüberschussanteil	Risikoüberschussanteil		Zinsüberschussanteil	Fondsüberschussanteil	Schlussüberschussanteil
	in % des überschussberechtigten Beitrags	Leistung bei Erwerbsminderung in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	ergänzende Hinterbliebenenrente in % des überschussberechtigten Risikobeitrags	in % des maßgebenden Garantiekapitals	in % des maßgebenden Fondskapitals	in % des maßgebenden Garantiekapitals
DB2, DB2U, DB2_1, DB2U_1, VM1, VM1U	0,0	65,0	54,0	0,0	-	2,4
DB3U, DB3U_1	-	32,5	-	0,0	0,01	2,4
TAV/NE/02, TAVU/NE/02	0,1	-	-	0,0	-	2,4
TAV/02, TAVU/02	0,6	-	-	0,0	-	2,4
ZIGU	0,6	-	-	0,0	-	2,4

Versorgungen im Leistungsbezug

Die laufenden Renten aller Tarife erhalten in Abhängigkeit vom Jahr des Rentenbeginns und der Leistungsart einen Zinsüberschussanteil in folgender Höhe:

Rentenbeginn	Leistungsart	Zinsüberschussanteil in % des maßgebenden Deckungskapitals
bis 31.12.2011	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	0,00
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,00
01.01.2012 – 31.12.2014	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	0,15 ²
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,15 ²
01.01.2015 – 31.12.2016	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	0,65 ²
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	0,65 ²
01.01.2017 – 31.12.2021	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	1,00
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	1,00
ab 01.01.2022	Invalidenrenten ¹ , Hinterbliebenenrenten	1,65
	Altersrenten ¹ , Auszahlungspläne	1,65

¹ inkl. einer evtl. eingeschlossenen Hinterbliebenenrentenanwartschaft.

² Die Überschüsse werden zur Gegenfinanzierung einer biometrischen Nachreservierung verwendet.

Grund- bzw. Risikoüberschussanteile werden nicht gewährt.

Köln, 10. März 2023

Der Vorstand

Gallus

Großmann

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die DEVK Pensionsfonds-Aktiengesellschaft, Köln

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2022 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der DEVK Pensionsfonds Aktiengesellschaft für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2022 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2022 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannte Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Lagebericht enthaltenen lageberichts-fremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben. Die sonstigen Informationen umfassen zudem die übrigen Teile des Geschäftsberichtes – ohne weitergehende Querverweise auf externe Informationen –, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses, des geprüften Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Köln, den 28. März 2023

Mazars GmbH & Co. KG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Dr. Varain

Wirtschaftsprüfer

Semrau

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2022 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft. Er hat in zwei Sitzungen des Aufsichtsrats getagt und beraten sowie zwei Telefonkonferenzen abgehalten und sich dabei über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Ertragslage des Unternehmens unterrichten lassen.

Der Verantwortliche Aktuar hat an der Sitzung des Aufsichtsrats über die Feststellung des Jahresabschlusses teilgenommen und über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Der Aufsichtsrat erhebt gegen den Bericht des Verantwortlichen Aktuars keine Einwendungen.

Die Mazars GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die gemäß den gesetzlichen Vorschriften zum Abschlussprüfer bestellt wurde, hat den vom Vorstand erstellten Jahresabschluss und Lagebericht 2022 geprüft. Diese Prüfung hat zu keinen Beanstandungen geführt. Der Bestätigungsvermerk wurde ohne Einschränkung erteilt. Der Aufsichtsrat hat die Prüfungsergebnisse zur Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss und Lagebericht geprüft und gebilligt. Der Jahresabschluss 2022 ist damit festgestellt.

Der Aufsichtsrat spricht dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit aus.

Köln, 10. Mai 2023

Der Aufsichtsrat

Zens

Vorsitzender